

Ghana: Evangelikale Kirchen verbreiten Hass gegen Queers

In Ghana kämpft eine junge LGBTIQ-Bewegung für mehr Sichtbarkeit – und wird gejagt. Die Homo- und Trans-Feindlichkeit nimmt in der Pandemie weltweit zu. Dahinter stecken auch Prediger.



Suhaidatu Dramani wollte nicht länger unsichtbar sein, nun muss sie sich verstecken. Die 24-Jährige lebte bis vor kurzem in der ghanaischen Metropole Accra, doch während des Interviews mit ihr gackern Hühner ins Telefon. Sie musste untertauchen, da sie bedroht wird – weil sie lesbisch ist und sich offen dazu bekennt. Ghana hat den Ruf vergleichsweise sicher, modern und demokratisch zu sein, doch Homosexualität gilt in dem Land als Sünde, als Verbrechen.

In Predigten hetzen Geistliche bis heute über queere Menschen, die angeblich von bösen Geistern besessen seien. Und noch immer existiert ein Abschnitt im Strafgesetzbuch aus der britischen Kolonialzeit, der Homosexualität kriminalisiert. Es gibt sogar Selbstjustiz-Gruppen, die gezielt Jagd auf Homosexuelle machen.

In Ghana bedeutet, anders zu lieben, Angst zu haben. »Menschen, die in Ghana verdächtigt werden, queer zu sein, werden geschlagen, gelyncht oder festgenommen«, sagt Dramani. Wer Dating-Apps nutzt, kann in die Falle gelockt, ausgeraubt, vergewaltigt werden. Wer sich an die Polizei wendet, riskiert, verhaftet zu werden.

Erst in sozialen Netzwerken traf Dramani auf Frauen und Männer, denen es genauso ging wie ihr und die sich ähnlich fühlten. »Uns zu verstecken bringt uns nicht weiter«, merkte sie. »Wir müssen offen sprechen, damit die Leute sich daran gewöhnen und wir sicherer leben können.« Inzwischen engagiert sie sich in der Initiative LGBT+ Rights Ghana, die im Januar mit einem Zentrum in Accra auch offline einen Schutzraum eröffnete – doch dadurch eskalierte der Hass.

Religiöse Bündnisse riefen zum Widerstand auf, ein Online-Mob leakte Daten und Fotos der Gruppe, Politiker diskutierten Gesetzesverschärfungen. Ende Februar verwüsteten und schlossen Sicherheitskräfte das Büro. Dramani und die anderen sind nun untergetaucht. Doch die Hetze ist damit nicht zu Ende.

Nicht nur in Ghana verschärft sich derzeit die Lage queerer Menschen, vielerorts sind ihre Errungenschaften in Gefahr. In der Pandemie sind Minderheiten besonders verletzlich – gleichzeitig gewinnen konservative Kräfte an Macht, die Hass und Verschwörungstheorien schüren. »Die Pandemie funktioniert wie ein Brennglas«, sagt Rupert Haag, LGBTIQ-Experte von Amnesty Deutschland. »Queere Menschen werden jetzt noch stärker marginalisiert, kriminalisiert und verfolgt.«

Benachteiligte Gruppen hätten etwa im Globalen Süden in der Pandemie als Erste ihre Jobs verloren, hätten weniger finanzielle Ressourcen und bekämen weniger Unterstützung von Familie und Staat. Auch LGBTIQ-Initiativen würden die Mittel ausgehen, während sie zunehmend unter Beschuss geraten – denn rechte und religiöse Bewegungen nutzen die Pandemie, um gegen sexuelle Vielfalt vorzugehen.

Evangelikale Bewegungen und Pfingstkirchen, die ursprünglich aus den USA kommen und konservative Werte vertreten, bauen ihren Einfluss in Lateinamerika, Asien und Afrika weiter aus – und machen queere Menschen zu Sündenböcken. »Der religiöse Kolonialismus erlebt eine neue Blüte«, beobachtet Haag. Evangelikale Prediger wie Silas Malafaia in Brasilien verschärften den Hass noch, indem sie Homosexuelle für das Coronavirus verantwortlich machten.

In Lateinamerika hätten Evangelikale und Pfingstkirchen eine »beeindruckende Fähigkeit entwickelt, die Politik zu beeinflussen«, schreibt der US-Politologe Javier Corrales. Evangelikale würden Allianzen mit NGOs, Parteien und anderen traditionellen politischen Akteuren bilden, darunter der katholischen Kirche, ihrem ehemaligen Gegenspieler. »Damit verändern sie die konservative Politik in der Region, geben Homophobie neuen Auftrieb und stellen der Ausweitung der LGBT-Rechte neue Hindernisse in den Weg«, so Corrales.

In der Krise leisten die Kirchen emotionalen Beistand – und springen mit Lebensmitteln und anderen Hilfen dort ein, wo der Staat versagt. Verunsicherte Menschen vertrauen religiösen Influencern mehr als Wissenschaftlern, traditionellen Medien oder Regierungen – online haben die Videobotschaften von Predigern wie Malafaia oft Hunderttausende oder Millionen Klicks.

Auch in Ghana findet die homophobe Hetze Gehör: »Queere Menschen werden für fast jedes Übel verantwortlich gemacht, egal ob die Wirtschaft schlecht läuft oder Unfälle passieren«, sagt Suhaidatu Dramani. »Religiöse Gruppen und Medien trichtern den Menschen ein, dass Gott wütend und die Zerstörung noch schlimmer werden wird, wenn sie Homosexualität zulassen und uns in Frieden leben lassen – viele glauben, dass es patriotisch ist, uns zu jagen.«

Einer Umfrage des Africa Centre for International Law and Accountability (ACILA) zufolge befürworten zwei Drittel der Ghanaer homophobe Aussagen von Politikern und religiösen Führern; fast 90 Prozent sind dagegen, dass LGBTIQ-Personen öffentliche Versammlungen abhalten dürfen.

Der Hasskampagne in Ghana haben sich alle Konfessionen angeschlossen – von Evangelikalen über den Islam bis hin zur katholischen Kirche. Eine freikirchliche Bewegung spielt jedoch eine Schlüsselrolle, die Homosexualität aus Ghana »herausbeten« will: Die National Coalition for Proper Human Sexual Rights and Family Values (NCPHSRFV) veranstaltet Camps und Konversionsbehandlungen, die Homosexuelle »heilen« sollen. Sie pflegt auch Verbindungen zu westlichen homofeindlichen evangelikalen und katholischen Gruppen.

Gebetsfestivals, veranstaltet von der National Coalition, sollen die »Kräfte hinter Homosexualität und Lesbianismus, die Ghana zunehmend infiltrieren« angreifen. Die Gruppe unternimmt auch massive Lobbyarbeit, um das Parlament zu schärferen Gesetzen zu drängen. Ghanas Präsident Nana Akufo-Addo hat bereits versichert, dass es während seiner Amtszeit keine gleichgeschlechtliche Ehe geben werde.

Auch in Uganda werden Homosexuelle für die Pandemie verantwortlich gemacht – einige evangelikale Gruppen und Parlamentarier setzen sich dort sogar für die Todesstrafe für Homosexuelle ein. Vor ein paar Jahren war ein solcher Reformvorstoß gescheitert, der vorsah, auch Angehörige, Freunde und Vermieter mit mehreren Jahren Haft zu bestrafen, wenn sie Homosexuelle nicht denunzieren oder ihnen Wohnraum vermieten.

Viele fliehen derzeit vor der Homophobie aus Uganda, doch auch in Flüchtlingslagern sind Attacken Alltag. Der 22-jährige Aktivist Chriton Atuhwera wurde Mitte März in einem kenianischen Camp ermordet. Dem Netzwerk Sexual Minorities Uganda (SMUG) zufolge nutzt Uganda Coronamassnahmen als Vorwand, um Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder unterstellten sexuellen Orientie-

rung zu verhaften: Rund 20 Menschen wurden bei einer Razzia in einer Obdachlosen-Unterkunft festgenommen.

Auch in Lateinamerika hat die Polizeigewalt zugenommen, Minderheiten sind besonders stark betroffen. Länder wie Peru, Kolumbien und Panama hatten zudem genderbasierte Ausgangssperren eingeführt, bei denen Männer und Frauen an unterschiedlichen Tagen das Haus verlassen durften. Menschen, die sich nicht den traditionellen Geschlechterrollen zuordnen lassen, gerieten dabei häufig ins Visier von Sicherheitskräften – Transmenschen wurden kontrolliert, diskriminiert, teils angegangen.

Ein Video aus Peru dokumentiert, wie Polizisten drei Transfrauen öffentlich erniedrigen: Sie zwangen die Frauen, auf der Strasse Kniebeugen zu machen und dabei zu brüllen, dass sie Männer sein wollen. Der LGBTIQ-Beobachtungsstelle der Cayetano Heredia Universität zufolge seien es meist staatliche Kräfte wie die Polizei, die Rechte in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität verletzen würden – Diskriminierung anzuzeigen, sei ein Gang in die »Höhle des Löwen«. Auch in Peru steigt die politische Einflussnahme evangelikaler Bewegungen, die queere Rechte zurückdrängen wollen.

Der Hass hat oft tödliche Folgen. Laut der Grupo Gay da Bahia, einer Menschenrechtsgruppe, wurden allein in Brasilien im vergangenen Jahr 237 Morde an queeren Personen bekannt – die Dunkelziffer sei hoch, zudem würden viele Morde nicht offiziell erfasst. Auch in Mexiko werden häufig Transpersonen ermordet, Migranten sind der Gewalt besonders schutzlos ausgeliefert. Community-Zentren und Herbergen mussten in der Krise weltweit zeitweise schliessen – queere Menschen wurden obdachlos oder waren gezwungen, bei ihren homophoben oder gewalttätigen Familien auszuharren.

Auch Suhaidatu Dramani aus Ghana ist bei ihrer Familie ausgezogen, die Stimmung sei »angespannt«, sagt sie. »Meine Mutter will, dass ich zu einem Pastor gehe – damit er mir den Dämon austreiben kann.« Sie traut sich kaum auf die Strasse, da sie Drohungen erhält und ihr Gesicht durch den Skandal bekannt ist. Freunden wurde nahegelegt, sich von ihr fernzuhalten.

»Ich versuche, mich bedeckt zu halten«, sagt sie. Doch sie hasst es, abzuwarten und nichts zu tun, während Politiker über Gesetzesverschärfungen diskutieren und die Kirchen weiter hetzen. Ihre Gruppe müsse machtlos zusehen, wie der Spielraum immer weiter beschnitten werde: »Wir werden zum Schweigen gebracht und aus all diesen Gesprächen ausradiert.«

Zumindest virtuell versucht sie weiter sichtbar zu sein. Die Bewegung organisierte etwa die Kampagne #GhanaGetsBetter, um gegen Gewalt und Hass zu protestieren – kurz zuvor waren rund 20 Gäste einer angeblich lesbischen Hochzeit verhaftet worden. Social-Media-Nutzer färbten ihre Profilbilder 24 Stunden lang rot ein, jene Farbe, die auch auf Ghanas Flagge prangt und an das Blut erinnert, das im Freiheitskampf vergossen wurde. Richtige Proteste zu organisieren, hält Dramani derzeit für undenkbar: »Wenn ich protestieren würde, würden sie mich erschiessen.«